

R ü c k b l i c k

Die Gewerkschaft der Polizei - Kreisgruppe Soest - nahm mit zahlreichen Polizeibeamten und Tarifbeschäftigte an der gemeinsamen Kundgebung mit Verdi und GEW am 18.12.2002, vor dem Stadthaus, in Lippstadt teil.

Mit dem Dienstrechts- und dem Versorgungsreformgesetz ist und wird in den Haushalten Bund, Länder und Gemeinden insgesamt 30 Mrd. Euro im Beamtenbereich eingespart. Nun versucht man durch die Initiative des Berliner-Bürgermeisters Wowereit im Bundesrat eine sogenannte Öffnungsklausel einzuführen, die den Landesregierungen ermöglicht, die Besoldung der Beamten zu vermindern bzw. das Urlaubs- und Weihnachtsgeld zu streichen. Die Gewerkschaft der Polizei lehnt die Öffnungsklausel ab. Wir sind es satt als "Sparschweine der Nation" benutzt zu werden, sagt der GdP-Vorsitzender Siegfried Pfenninger auf der Kundgebung.



Die Politik richtet den Focus auf den unersättlichen öffentlichen Dienst, der auch noch mit dem festen Willen eine 3 vor dem Komma zu erreichen und die Tarifverhandlungen für sich entscheiden will. Recht populistisch die Argumentation so manchen Politikers: es sein einem Arbeitslosen nicht klar zu machen, dass einer mit abgesicherten Arbeitsplatz nun auch noch drei Prozent mehr Geld haben will. Es ist unerträglich, wie oft dieser so genannte "sichere Arbeitsplatz" als Argument dafür herhalten muß, dass Polizistinnen und Polizisten immer kürzer treten sollen. Viele Menschen, die ich kenne, möchten mit einem Polizisten um nichts in der Welt tauschen, schon gar nicht seinen sicheren Arbeitsplatz, betonte Siegfried Pfenninger.

Wie ist einer Polizistin oder einem Polizisten klar zu machen, dass sie oder er vermehrt Aufgaben zu bewältigen haben. Überstundenberge ansammeln müssen, dass sie täglich loyal die Staatsordnung zu schützen haben, sie wie im letzten Castoreinsatz bespucken, mit Mist und Steinen bewerfen lassen müssen und dafür Besoldung und Leistungen gekürzt bekommen. Es wäre nicht schädlich, wenn mehr Politiker einmal in die Streifenwagen steigen und einige Tag- und Nachtdienste mit den Kolleginnen und Kollegen verbringen würden, um die tägliche Belastungen spürbar festzustellen, merkte der GdP-Vors. an. Siegfried Pfenninger weiter: "Die Arbeitgeber, Bund, Länder und Gemeinden wollen mit dem Hinweis auf die leeren Kassen eine Nullrunde für den öffentlichen Dienst durchsetzen. Das machen wir nicht mit. Die bisherigen Abschlüsse anderer Branchen haben ganz klar drei Prozent plus gebracht. Der öffentliche Dienst darf nicht schlechter gestellt werden".



Der GdP-Vorsitzende verwies auf die besonderen Bedingungen, unter denen die Polizei ihren Dienst rund um die Uhr versieht: "Wir sind für die Bürgerinnen und Bürger da, übernehmen immer mehr Aufgaben und haben schon seit langem mit Personalmangel zu kämpfen. Im Kreis Soest fehlen 11 Polizeibeamte und es werden noch mehr werden. Seit 1945 wurden in Deutschland 1400 Polizisten getötet, jährlich werden 500 bis 700 bei Einsätzen schwer verletzt. Jeden Tag stehen wir im Konflikt, müssen in Sekundenschnelle entscheiden. Das soll jetzt mit Gehaltskürzungen "belohnt" werden.

Als Drohpotenzial der Polizisten: Dienst nach Vorschrift und keine Überstunden mehr. Davon fallen bei der Kreispolizeibehörde jährlich 46000 Überstunden an, sagte der GdP-Vors. zum Abschluß der Kundgebung.

M.f.G

Siegfried Pfenninger

(Vors.)